

Das Ende der NS-Diktatur – Aufbruch zur Demokratie

Der Tag der Befreiung

In den Morgenstunden des 20. April 1945 verließen die letzten deutschen Soldaten die Häuser und gingen mit erhobenen Händen den Amerikanern entgegen, die im Kampf um Nürnberg schon bis zum Keßler-Platz vorgedrungen waren. Soldaten der 3. und 45. Amerikanischen Infanterie-Division besetzten im Laufe des Tages die Stadt. Am Abend von Adolf Hitlers Geburtstag hielten die US-Truppen auf dem Hauptmarkt ihre Siegerparade ab. Die Bombennächte und die Zerstörung der Stadt hatten ein Ende.

*Viel war allerdings von dieser einst so **schönen „mittelalterlichen Idylle“** nicht übrig geblieben. Die Nürnberger Altstadt, **das** Baudenkmal des deutschen Mittelalters, war bereits in der Bombennacht des 2. Januar 1945 in Schutt und Asche gefallen. Das Werk von Generationen in einer 900jährigen Geschichte war in rund fünf Stunden vernichtet worden. In dem Inferno starben 1.794 Menschen. Ruinen, Trümmerhaufen, Granatenlöcher und Bombenrichter entstellten für Jahre das Gesicht dieser geschichtsträchtigen Stadt. (aus den Nürnberger Nachrichten)*

Sich-Erinnern an das eigene Leid

Intensiver als in den Jahrzehnten zuvor, so scheint es, erinnern sich die Deutschen ihres Leidens und ihrer Opfer, die ihnen durch Luftangriffe, Flucht und Vertreibung sowie durch gewalttätige Ausschreitungen der alliierten Truppen zugefügt worden sind. So mussten mehr als 14 Millionen Deutsche ihre Heimat in Ostpreußen, Schlesien, Pommern, das Sudetenland und das Memelgebiet verlassen.

Günter Grass meint, mit seiner Novelle „**Im Krebsgang**“, die den Untergang des Dampfers „Wilhelm Gustloff“ mit 10.000 Menschen schildert, ein **Tabu gebrochen** zu haben. In der Tat wird gern behauptet, dass in der Alten Bundesrepublik unter der Deutungshoheit der 68.er- Generation die Themen Flucht und Vertreibung, Bombenkrieg und Vergewaltigung tabuisiert gewesen seien. Gewiss fällt auf, dass in den letzten Jahren

vermehrt Familienbiographien und Sachbücher publiziert worden sind, die jene Themen/Erlebnisse zum Gegenstand haben. Und in besonderer Weise ist 60 Jahre nach Kriegsende öffentlich an die Bombardierung Dresdens und anderer Städte gedacht worden.

Das Beschweigen des NS-Terrors

Was auch immer das besondere **Rückbesinnen** auf die **eigenen Opfer** ausgelöst haben mag, so wenig wie Norbert Frei bin ich der Meinung, dass für diese „späte“ Trauer besondere Widerstände überwunden werden mussten. Eher trifft das für die Geschichte der Konzentrationslager zu. Erst im Gedenkjahr 1995 - so erinnere ich mich - hat man rückschauend der Endstationen des nationalsozialistischen Terrorregimes, entlang der Daten gedacht, an denen die Konzentrationslager von den Alliierten befreit worden sind und das organisierte Morden von Menschen beendet worden ist: Auschwitz am 27. Januar, Buchenwald am 11. April, Dachau am 1. Mai 1945, um nur einige der Daten und Orte zu nennen. **Erst im Jahre 1996** ist der **Befreiungstag von Auschwitz** durch den Bundespräsidenten Roman Herzog zum **nationalen Gedenktag** an die Opfer des Nationalsozialismus proklamiert worden.

Die uns heute vertrauten öffentlichen Kundgaben des Entsetzens, der Scham und der Anteilnahme angesichts der Gräueltaten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern haben nach 1945 lange auf sich warten lassen. Als **Hannah Arendt** in den Jahren 1949/50 die gerade gegründete Bundesrepublik besuchte, fiel ihr Reisebericht deprimierend aus. Während sie über Europa einen Schatten tiefer Trauer wahrnahm, weil man inzwischen über die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Bescheid wusste, **vermisste** sie **in Deutschland** eine **Reaktion** auf das Geschehene. Sie vermochte nicht zu sagen, „ob es sich dabei um eine irgendwie absichtliche Weigerung zu trauern oder um den Ausdruck einer echten Gefühlsunfähigkeit“ handelte.

Bemerkenswert war nicht nur die von Hannah Arendt konstatierte **Flucht der Deutschen vor der Wirklichkeit** und Verantwortung. Diese äußerte sich z.B. in der Sprachlosigkeit bei der Begegnung mit Juden. Jedes Anzeichen von Mitleid und Interesse blieb aus. Was sich etwa in Fragen nach dem Schicksal der Familie der Gesprächspartnerin hätte kundtun

können. Seufzer und die halb rhetorische, halb wehmütige Frage „Warum muß die Menschheit immer nur Krieg führen?“ waren Standardreaktionen angesichts der zerstörten Städte.

Das Erschreckendste an der deutschen Realitätsflucht sah Hannah Arendt „in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen“. Die Unfähigkeit, ja der **Widerwille, zwischen Tatsache und Meinung zu unterscheiden**, dürfte die Folge der Nazipropaganda gewesen sein. Durch ihre Lügen und manipulierten Wirklichkeitsbilder hat sie das Urteilsvermögen der Bürger untergraben. Die Folge war, dass über den Terror in den Konzentrationslagern nach 1945 auf die gleiche Weise diskutiert wurde wie über die Vorzüge und Mängel der Demokratie. Das ist ein absurder Umgang mit Fakten, der uns noch heute in der **Auschwitzlüge** wieder begegnet.

Unbeantwortete Fragen

Diesem Nicht-wahr-haben-Wollen, was geschehen ist, stand eine **unvermittelte Aufklärung der Kriegskinder** gegenüber. Keine Jugend ist erbarmungsloser mit ihrem schrecklichen Wissen allein gelassen worden als die der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ich war bei Kriegsende elf Jahre alt und kann aus eigener Erfahrung sprechen. Nicht etwa, dass uns die Eltern über den Terror der Konzentrationslager unterrichtet hätten. Gab doch die Mehrzahl der Erwachsenen vor, von der Existenz der Konzentrationslager oder der dort geübten Brutalität **nichts gewusst** zu haben.

Wir sind im Kino durch Wochenschauen oder Dokumentarfilme wie **Todesmühlen**/"Mühlen des Todes" über die von den Nationalsozialisten ins Werk gesetzte mörderische Rassenideologie aufgeklärt worden. Diese Dokumentarfilme wurden den Unterhaltungsfilmern vorausgeschickt. Wer die Flucht aus dem kargen Nachkriegsalltag in die schöne Welt der UFA-Filme antreten wollte, musste - jedenfalls im Ostteil der Stadt Berlin - den Weg über diese **nachgelassenen Bilder** einer **menschenverachtenden Schreckensherrschaft** nehmen.

Die sich uns prompt stellenden Fragen: Wie konnte das geschehen? Warum hat niemand Einhalt geboten? kreisten in den jungen Köpfen herum, wurden aber kaum beantwortet. Selbst Eltern und andere Erwachsene, die keinen Anteil an der

Naziherrschaft hatten, mieden peinlich dieses Thema. Drohte es doch im Vorwurf der **mangelnden Zivilcourage** und der **Duldung dieses Unrechts** zu münden.

Erinnerungs- und Gedenkkultur

Offenbar sind wir nach dem Abstand so vieler Jahre besser imstande, **um alle Opfer zu trauern** und gleichwohl - oder gerade deswegen - das Geschehen in den Jahre 1933 bis 1945 **in einem größeren Zusammenhang** zu sehen. Was das Schicksal unschuldiger Menschen im Kriege und danach angeht - dürfen wir Deutschen eine Tatsache nicht aus den Augen verlieren, auf die **Carlo Schmid** im Herbst 1948 im Parlamentarischen Rat zu Recht hingewiesen hat: nämlich, dass die Vertreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern des Zweiten Weltkriegs, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist, und dass das, was uns geschah, „lediglich das **Zurückkommen eines Bummerrangs**“ war, „der einst von hier ausgeworfen wurde“.

Der sich andeutende **Wandel der Erinnerungs- und Gedenkkultur** dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass immer weniger Opfer und Täter unter uns leben. Die Zahl derjenigen, die - wie jüngst ehemalige deutsche Botschafter - mit ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP konfrontiert werden könnten, schrumpft rasant. In zehn Jahren wird es **kaum mehr Zeitzeugen des NS-Regimes** geben.

Auschwitz als Paradigma für Unmenschlichkeit

Für die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen - vorne an die 68.er - gehört die **Erinnerung an, die Scham über und die Verantwortung für Auschwitz** zur **Staatsräson** der Bundesrepublik. Doch scheint dieser Zivilisationsbruch für die jüngeren Generationen seine **legitimatorische Bedeutung** einzubüßen. Von einem Strukturwandel in der öffentlichen Erinnerung ist die Rede, der mit dem Schlagwort „**von der Moralisierung zur Historisierung**“ verdeutlicht wird. (Jörn Rüsen)

In den gegenwärtigen, zuweilen sehr heftigen Wortgefechten über die bundesrepublikanische **Erinnerungskultur** ist von einer „peinlichen Gedenkrhetorik“ die Rede. Nachträgliche Schuldbekennnisse der Nachkommen - so lautet ein Vorwurf - dienen „lediglich dazu, das **Selbstbild zu polieren**.“ Denn kein Nachfahre vermöge Selbstachtung und Urteilkraft zu

gewinnen, indem er der Blutbäder gedenke, die seine Ahnen angerichtet hätten. Die Toten von Treblinka seien nicht dazu da, dass sich die **Deutschen eine neue Identität** beschaffen könnten. (So Wolfgang Sofsky)

Es ist wohl richtig beobachtet, dass die 68.er-Generation ihre **Deutungshoheit** der NS-Vergangenheit einbüßt. Mit dem wachsenden zeitlichen Abstand wird der Zugang zur Geschichte des Holocaust ein anderer, **weniger emotional-moralisierender** und **mehr rationaler**. Weder das Empfinden von Schuld noch das von Reue vermag heute noch ein **Erinnerungsgebot** gegenüber den jüngeren Generationen zu begründen. Sie kennen die nationalsozialistische Herrschaft nicht mehr aus eigenem Erleben oder dem ihrer Eltern und können sie nicht persönlich erinnern.

Das erlaubt **weder** einen **Schlussstrich** noch einen **unbefangenen Umgang** mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Im Gegenteil: In den 60 Jahren seit Kriegsende ist die Einsicht gewachsen, dass die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen **im Interesse der Stabilität unserer Demokratie** wach gehalten werden muss. Es geht nicht eigentlich um Erinnerung - so treffend Philipp Reemtsma - es geht vielmehr um das „**Bewusstsein von einer Gefährdung**“, um das Wissen von der Zerbrechlichkeit unserer Zivilisation, die immer aktuell bleiben wird. **Auschwitz**, der Holocaust, ist ein **Paradigma** für das, was Menschen an Unmenschlichkeit möglich war, „für das menschliche Potential an Grausamkeit“ (Christian Schneider). Die Suche nach einer Antwort, wie es zu diesem Versagen eines Kulturvolkes kommen konnte, geschieht um der Gegenwart und der Zukunft willen. Denn das **Wissen um die Ursachen totalitärer Herrschaft** ist ein Garant für den Fortbestand einer zivilisierten Gesellschaft.

Nürnberg als der Symbolort der NS-Herrschaft?

Aus dieser Einsicht heraus haben sich die Verantwortlichen der Stadt Nürnberg einer **aktiven Gedächtniskultur** verschrieben. In der Spannweite der historischen Ereignisse wird sowohl der Judengesetze und Austreibung der jüdischen Bürger als auch der Schrecken der Bombenangriffe und der Vertreibung gedacht. Ein **Auftakt von außen** war das **Nürnberger Tribunal**. Eigentlich sollte der Prozess in Berlin geführt werden. Doch wegen der Reichsparteitage und der in Nürnberg

erlassenen Rassegesetze **galt** die Stadt **als Hochburg der Nazis** und erschien daher als ein probater Ort für die Anklage der Staatsverbrecher des NS-Regimes.

In den ersten Prozessberichten ist wiederholt bedauert worden, dass das **deutsche Volk das Recht verwirkt** hatte, selbst über die Schergen des NS-Staates zu Gericht zu sitzen. Doch dass die Alliierten die strafrechtliche Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen übernahmen, war gewiss ein Segen. Denn indem die Alliierten die Normen setzten und die Schlüsselprozesse führten, taten sie zum einen das Notwendige. Zum anderen **entlasteten** sie die **neuen politischen Kräfte in Deutschland** von einer höchst brisanten Aufgabe. So entzogen sie die hochpolitische Streitfrage, auf Grund welchen Rechts ein Volk seine Führung und seine „Staatsmörder“ vor Gericht stellen sollte, weitgehend einer **gefährlichen innenpolitischen Debatte** (Henke/Woller). Deren Folgen wären für das neue Staatswesen unabsehbar gewesen. Denn die Einsicht in den Unrechtscharakter des „Dritten Reiches“ war damals nur schwach entwickelt.

Wer weiß, ob Nürnberg in der Erinnerung der Deutschen als **der Symbolort der NS-Herrschaft** gilt oder - was mir wahrscheinlicher dünkt - künftig vorzugsweise als erste Wirkungsstätte einer internationalen Strafgerichtsbarkeit erinnert werden wird. Die **Nürnberger Nachrichten** wussten schon im Jahre 1946 mehr: Nürnberg, so konnte man unter dem 3. Oktober lesen, „wird unvergessen in die Geschichte eingehen und ein Symbol sein; ein Symbol für Gerechtigkeit“.

Nicht zu leugnen ist, dass diese Stadt sowohl Geburtsstätte der Nürnberger Rassegesetze als auch der Nürnberger Prinzipien des Menschenrechtsschutzes ist. Die letzten sind eine Antwort auf die ersten, wie der Grundrechtskatalog unserer Verfassung eine Antwort auf das entartete Rechts des Nationalsozialismus ist. Nürnberg kommt insoweit **nationalgeschichtliche Symbolik** zu. Der Ruf dieser Stadt wird letztlich davon abhängen, inwieweit sie - das meint auch ihre Bürger und Bürgerinnen - dem Anspruch gerecht werden, eine **Stadt des Friedens und der Menschenrechte** zu sein.

Aufbruch zur Demokratie

Die traumatische Erfahrung des Zusammenbruchs im Frühjahr 1945 und die Berichte über das Geschehen in den

Konzentrationslagern mag viele Deutsche **schockiert** haben. Für sie **zerbrach ein Idol**. Doch wurden sie nicht von heute auf morgen zu Demokraten. Die Abscheu gegenüber der Politik bekam dadurch eher neue Nahrung. In der Nachkriegsbevölkerung dominierten eine starke Konfliktscheu und ein unstillbares Bedürfnis nach politischer Harmonie. Eine gleichgültige und verdrossene Bevölkerung, die noch weithin obrigkeitsstaatlichem Denken verhaftet war, ließ sich nur schwer für Demokratie, Menschenrechte und staatsbürgerliche Freiheiten interessieren. Das Verhältnis der Altbundesrepublikaner zum Grundgesetz war **keine Liebe auf den ersten Blick**.

Doch trotz der seinerzeit ungunstigen Vorzeichen hat sich in den darauf folgenden Jahrzehnten in der Bundesrepublik allmählich eine **Zufriedenheit mit dem politischen System** entwickelt. Im Jahre 1980 meinten 80 % der befragten Bürger und Bürgerinnen, dass die bundesrepublikanische Zeit für die die beste in diesem Jahrhundert gewesen sei. Das **Wirtschaftswunder beflügelte** die Freude der Deutschen an der freiheitlichen Demokratie. Die charakteristischen Vorzüge des Grundgesetzes bewährten sich im politischen Alltag. Das System der gegenseitigen Kontrolle der Gewalten funktionierte. Es entwickelte sich jener stabile rechtliche Rahmen, der ein freiheitliches und zugleich sozial verantwortliches Wirtschaften gestattet. Das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung in die politischen Institutionen und Verwaltungsbehörden war in den achtziger Jahren beträchtlich, - und das, obgleich das **Leistungsvermögen des Sozialstaats schon fragwürdig** geworden war.

Die Demokratie – ein offenes und riskantes Projekt

Wir sind 60 Jahre nach Kriegsende nicht mehr so zufrieden wie in den achtziger Jahren. Die **Plage des Kleinmuts** überfiel uns paradoxerweise bald nach dem sich im Ost-West-Konflikt das Grundgesetz als die überlegene Verfassung erwiesen hatte. Angesichts des **bescheidenen Wachstums**, der **hohen Arbeitslosenzahl** und der **Gefahr des Terrorismus** steht die Leistungsfähigkeit der freiheitlichen und sozialstaatlichen Demokratie auf dem Prüfstand. Auch die aus der **Einwanderung** resultierende kulturelle und religiöse Vielfalt unserer Gesellschaft wie die **erweiterte** und **neu zu verfassende Europäische Union** stellen unsere überkommenen Verfassungsprinzipien auf die Probe. In

solchen Krisen wird schnell offenbar, dass **die Demokratie ein offenes und riskantes Projekt** ist.

Eine bürgerschaftliche Ethik

Diese Einsicht darf uns nicht zum Rückzug aus dieser Staatsform verleiten. Krisen müssen **im Geiste produktiver Unruhe** gemeistert werden, die das demokratische System **nicht erschüttert** sondern **fortbildet**. Diese Herausforderung nimmt nicht nur jene in die Pflicht, die Politik als Beruf betreiben. Schon Aristoteles wusste, dass freiheitlich verfasste politische Gemeinwesen einer spezifisch **bürgerschaftlichen Ethik** bedürfen, wenn sie auf Dauer Bestand haben wollen. Gemeint ist die Bereitschaft der Bürger und Bürgerinnen für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es vor allem darum, **Menschen zur Demokratie zu erziehen**. In der **Reform des Bildungswesens** sahen damals vor allem liberal gesinnte Geister - wie Ralf Dahrendorf und Hildegard Hamm-Brücher - einen **Hebel** für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. War doch die Weimarer Republik auch an dem vorherrschenden Untertanengeist gescheitert. Dieses **staatsbürgerliche Motiv der Bildung** bleibt immer aktuell. „Demokratie und zivile Gesellschaft müssen von jeder neuen Generation neu gelernt werden (Jakob Augstein).

Bildung will nicht nur für den Beruf fitt machen oder das Humankapital im volkswirtschaftlichen Sinne anreichern. Bildung hat den **mündigen Bürger zum Ziel**, mag dieser Akademiker oder Handwerker, Unternehmerin oder Hausmann sein. Mündigkeit im Sinne Kants ist das **Vermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen**. Das setzt Entschlusskraft und Mut voraus – beides Eigenschaften, die weder berufs- noch schichtbezogen oder gar geschlechtsbezogen verteilt sind.

Bildung **zielt** auf die **Persönlichkeit**, auf den **Charakter** und die Fähigkeit des Menschen, am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben als Bürger und Bürgerin aktiv teilzunehmen. Wie der Begriff der Kultur wird der der Bildung mehr denn je von seiner **sozialen Bindekraft** her begriffen. In modernen Verfassungstexten zur Bildung kommt häufig das Wort **Verantwortung vor**. Immer schwingt auch das Motiv einer **demokratischen politischen Kultur** wie der Wunsch mit,

Menschen **widerstandsfähig gegen totalitäre Verführungen** zu machen. Hier schlägt sich bittere geschichtliche Erfahrung nieder. Das Scheitern der Weimarer Republik und die nachfolgende nationalsozialistische Diktatur. Das bittere Schicksal der ersten Demokratie auf deutschen Boden hat die Einsicht begründet, dass die Stabilität eines politischen Systems von der prinzipiellen Zustimmung und Teilnahme seiner Bürger abhängt.

Obgleich wir über ein halbes Jahrhundert in Frieden und Wohlstand gelebt haben, sollten wir die **Vergangenheit der Altbundesrepublik nicht verklären**. Die Krisen waren es, in denen die Garantien des Grundgesetzes ihre härtesten Bewährungsproben zu bestehen hatten und entlang denen sich ein **Wandel** von der **Untertanen- zur Staatsbürgerkultur** vollzogen hat. So war die **Spiegel-Krise** ein Prüfstein für den Widerspruchsgeist der Bürger. Diese war aber zugleich ein erster Test auf die Frage, ob der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat in den Köpfen der Politiker fest verankert ist.

Die Demokratie ist nicht nur Sache einer politischen Elite. Sie richtet ihren Anspruch an jedermann und jede Frau. **Kritische Bürgerloyalität** ist das **Lebenselixier der Demokratie** und zugleich das Unterpfand für die Menschen- und Freiheitsrechte.